

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

17.9.1928 (No. 217)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: C. K. Mend. Karlsruhe

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14, Nr. 953 und 954, Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515

Bezugspreis: Monatlich 3.25 RM, einschließlich Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühren 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zeilenbreit. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung, die als Kassensatz gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsweise Vertreibung, und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherem Gewalt, Streik, Exzelle, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Haftung, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfaden und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Berücksichtigung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 24 auf Monatsschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Amtlicher Teil

Die Lage des Arbeitsmarktes

(Mitgeteilt vom Landesarbeitsamt Südwestdeutschland.) Die Entwicklung in der Berichtszeit vom 6. bis 12. September hat den Eindruck verfestigt, daß in diesem Jahre mit einer Entlastung des Gesamtarbeitsmarktes nicht mehr zu rechnen ist. Denn trotz der andauernd günstigen, den Saisonumschwung des Arbeitsmarktes hinhaltenen Witterung hat der Arbeitsmarkt an vielen Stellen gerade in den Außenberufen eine weitere Belastung erfahren. Die Zunahme der unterstützten Arbeitslosen war größer als in der Vorwoche. Am 12. September bezogen 22 022 Personen die versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung und 3530 die Krisenunterstützung gegen 22 101 bzw. 3477 am 6. September. Die Gesamtzahl der Unterstützten betrug 26 152 Personen gegen 25 578; davon waren 20 332 Männer (gegen 19 951) und 5820 Frauen (gegen 5627). Auf Württemberg und Hohenzollern traf 6081 (gegen 5641 am 6. September) und auf Baden 20 121 (gegen 19 937). Im Gesamtbereich des Landesarbeitsamtes kamen am 12. September auf 1000 Einwohner 5,3 Hauptunterstützungsempfänger in beiden Unterförderungsrichtungen gegen 4,7 am 1. August, wo in diesem Sommer der niedrigste Stand der Arbeitslosenzahl erreicht war.

Charakteristisch für die Lage des Arbeitsmarktes war in den letzten Wochen die kurze Dauer fast aller Beschäftigungsverhältnisse, besonders in den vom Baumarkt abhängigen Berufen, die eine ungewöhnlich starke Fluktuation der Arbeitskräfte bewirkte und die Vermittlungstätigkeit der Arbeitsämter noch verhältnismäßig reger hielt. Im Baugewerbe fanden Bauarbeiter mit Ausnahme der Zimmerer, an vielen Orten auch der Maurer, noch Beschäftigungsmöglichkeiten; für Erdarbeiter und Bauhilfsarbeiter aber boten nur wenige Straßen-, Bahn- und Kanalarbeiten neue Arbeitsplätze. In der Baustoffindustrie überwiegen wieder die Entlassungen. Die Fachkräfte der Metall- und Holzverarbeitenden Industrie, die vom Baugewerbe gebraucht werden, waren noch gut beschäftigt; die Aufnahmefähigkeit des Baumarktes für diese Berufe scheint jedoch bald erschöpft zu sein.

Die Landwirtschaft hat nach den Berichten vieler Arbeitsämter mit der Anforderung von Kräften sehr zurückgehalten; einerseits wird dies damit begründet, daß die Ernteausichten für die Spätharvesten nicht besonders günstig sind, andererseits durch die günstige Witterung hinausgeschoben wird. In der Forstwirtschaft ging ein Teil der Forstämter wieder zur Vollarbeit über. Die Witterungslage begünstigte auch die Beschäftigungslage für Hotel- und Gastwirtschaften, die bei Vereinsveranstaltungen an vielen Orten Beschäftigung fanden; auch das Saisonende wurde dadurch verzögert und ein stärkerer Andrang von Stellenfindenden noch verhindert. Der Mangel an geeigneten weiblichen Küchenpersonal für das Gastwirtsgebiet sowohl als für die Hauswirtschaft befindet sich fort.

Die Lage der Industrie bot ein nur wenig verändertes Bild. Seit mehreren Wochen jedoch zum erstenmal sind in der Berichtszeit keine erheblichen Verschlechterungen der Gesamtlage und Entlassungen von Betrieben und Entlassungen von Arbeitskräften gemeldet worden. Diese Feststellung trifft insbesondere auf das Spinnstoffgewerbe zu. Auch die Schuhindustrie hat nach den Berichten mit einer einzigen örtlichen Ausnahme keine weitere Verschlechterung erfahren. In der Metall- und Maschinenindustrie allerdings ist durch die das saisonmäßige Maß ansehenden überhöhten Einsatzbedingungen in der Fahrrad-, Karosserie- und Automobilbranche die Belastung des Arbeitsmarktes wieder etwas größer geworden. In der badischen Tabakindustrie ist teilweise auch wieder ein Rückgang des Beschäftigungsgrades zu verzeichnen. In der Lederindustrie wurden Entlassungen in Weißgerbereien gemeldet. In den übrigen Berufs- und Gewerbebezirken sind bemerkenswerte Veränderungen des Arbeitsmarktes nicht berichtet worden.

Die Deutsche Reichspost 1927

Die Deutsche Reichspost teilt u. a. mit: Die Reichspost hat 1927 einen Gewinn von 253 Millionen Reichsmark erzielt. Es handelt sich um einen Reinergebnis von 70 Mill. Reichsmark, der an das Reich abgeführt wurde, und um eine Zuweisung zum Vermögen zur Deckung von Anlageausgaben in Höhe von 183 Mill. Reichsmark.

Dieses Ergebnis entspricht durchaus den Angaben, die zur Begründung der Gebührenerhöhung gemacht wurden und dem Vorschlag. Es ist nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten durchaus angemessen; denn ein arbeitendes Eigenkapital von 2½ Milliarden Reichsmark muß einen Gewinn von rund ¼ Milliarde abwerfen. Das wurde seinerzeit auch im Haushaltsausschuß des Reichstages als richtig anerkannt. Die Berechnungen zur Gebührenerhöhung sind auch richtig gewesen, denn die Mehrerhebungen in den letzten Monaten sind ausschließlich auf die Hochspannung der Konjunktur zurückzuführen. Die Einnahme für August ist bereits um 2½ Millionen Reichsmark unter dem Durchschnittsfall geblieben. Ein Anleihebedarf der Deutschen Reichspost besteht nach wie vor. Die Gebührenerhöhung hat den äußerst dringlichen Kapitalbedarf bei weitem nicht etwa gedeckt.

Letzte Nachrichten

Das Ergebnis von Genf

M. Berlin, 17. Sept. (Priv. Tel.) Es ist nicht anzunehmen, daß das Ergebnis von Genf derart ist, daß nun die innerpolitischen Kämpfe aufhören. Zufrieden kann ja eigentlich niemand mit ihm sein, und die Folgen sind dann naturgemäß gegenseitige Vorwürfe, wie ja auch die Rechte schon seit längerem die Sozialdemokratie, hauptsächlich den Abgeordneten Breitscheid beschuldigt, auf sein Eingreifen sei die zu große Nachgiebigkeit der deutschen Delegation zurückzuführen. Die Pariser Presse nimmt, soweit sie der Regierung freundlich gesinnt ist, das Ergebnis von Genf außerordentlich günstig auf. Die Linke ist zurückhaltender. Die Rechte bekämpft Briand wieder in heftigster Weise. Sie spricht von Vaterlandsverrat und Preisgabe der französischen Interessen am Rhein. In der Presse der Linken finden sich sehr optimistische Darlegungen, die freilich mit einem biden Fragezeichen versehen werden müssen. Es ist sehr fraglich, ob es gelingen kann, vorläufig eine Teilmobilisierung der Dawesobligationen durchzuführen, welcher Vorschlag übrigens von Reichsamt stammt. Diese Blätter glauben sogar, daß der Generalkommissar für Reparationen, Barter Gilbert, dadurch überflüssig werde.

W.B. Baden-Baden, 17. Sept. (Tel.) Reichsminister Herrmann Müller hat heute nacht in Begleitung des Staatssekretärs Dr. Ründer und des Reichspressechefs, Ministerialdirektor Dr. Jochim, Genf verlassen. Vormittags 10.04 Uhr kam er in Baden-Baden an. Der Reichsminister fuhr sofort bei Reichsaussenminister Dr. Stresemann vor, mit dem er eine längere Besprechung über die durch den Gang der Genfer Verhandlungen geschaffene Lage hatte. Der Reichsminister wird Baden-Baden in den Abendstunden wieder verlassen und sich nach Berlin begeben.

Die Wahlen in Schweden

W.B. Malmö, 17. Sept. (Tel.) Von den Wahlen zur Zweiten Kammer liegt bisher ein vorläufiges Endergebnis aus 27 Wahlkreisen vor. In dem letzten noch ausstehenden Wahlkreis, Stockholm, wird am Freitag gewählt werden. Danach haben die Konservativen 572 358 (gegen 586 293 im Jahre 1924), der Bauernbund 257 085 (185 286), die Liberalen 49 474 (52 177), die Radikalen 283 428 (218 362), die Sozialdemokraten 761 346 (651 543), und die Kommunisten 117 992 (54 529) Stimmen erhalten. Es sind bisher gewählt: Konservativ 67 (Gewinn 8), Bauernbund 26 (Gewinn 3), Liberaler 3, Radikale 27 (Verlust 2), Sozialdemokraten 83 (Verlust 13), Kommunisten 6 (Gewinn 2).

China und der Völkerbund

W.B. Peking, 17. Sept. (Tel.) Die chinesische Abordnung beim Völkerbund telegraphierte ihrer Regierung, China sollte sich dem Völkerbund zurückziehen als Protest gegen seinen Misserfolg bei den Nationalwahlen. Die chinesische Regierung beabsichtigt aber, zuerst zu versuchen, einen ständigen Ratssitz zu erhalten.

Auch heute kein Aufstieg des Graf Zeppelin

W.B. Friedrichshafen, 17. Sept. (Vom Sonderberichterstatter des W.B.) (Tel.) Am heutigen Montagmorgen gab es in Friedrichshafen eine Enttäuschung. Das Luftschiff wird auch heute noch nicht aufsteigen. Die erste Probefahrt ist wieder verschoben worden. Das Wetter hat sich nämlich erneut verschlechtert. Es regnet in Friedrichshafen, und wenn auch der Regen keine Bedeutung hat, um so mehr der Ostwind, von dem der Regen begleitet ist.

Vom Reichsverkehrsministerium ist inzwischen die generelle Genehmigung für Fahrten mit Benzol als Betriebsstoff eingelaufen. Dr. Götter erklärte, daß er den heutigen Tag dazu benutzen wolle, gewisse technische Fragen dem Reichsverkehrsministerium und der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt gegenüber zu klären. Er ist überzeugt, daß dann auch die Genehmigung für Fahrten mit dem neuen Triebgas erteilt werden wird, zumal die Zeppelinge bereits bereits vorher so viel Versuche mit dem neuen Betriebsstoff gemacht haben, daß der Antrieb des Luftschiffes mit ihm nach Aufhebung der Fahrten der Zeppelin-Gesellschaft sogar sehr viel sicherer ist als mit Benzol. Für die ersten Fahrten war allerdings Benzol sowie vorgesehen, da bekanntlich das Triebgas noch nicht in ausreichendem Maße vorhanden ist und deshalb für die großen Fahrten aufgespart werden soll. Dr. Götter hofft jedenfalls, im Laufe des heutigen Tages alle Schwierigkeiten zu klären, die mit den amtlichen Zulassungsstellen noch bestehen. Er gab seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß die Haltung der Berliner Stellen selbst das Bestreben nach einer baldigen Klärung zum Ausdruck bringt. So, wie die Dinge im Augenblick liegen, kann man wohl annehmen, daß die erste Fahrt des Graf Zeppelin nun morgen, spätestens übermorgen, stattfinden wird. Inzwischen wird nach Ansicht der Wetterfachverständigen auch das Hoch, das über den nördlichen Teilen Deutschlands liegt, sich bis zum Wochenende ausgewirkt haben.

Um die Rheinlanddräumung

Eröffnung offizieller Verhandlungen

Die dritte gemeinsame Besprechung der Vertreter der sechs Mächte über die Frage der Rheinlanddräumung fand am Sonntagmittag in Genf statt und dauerte mehr als drei Stunden. Das gemeinsam vereinbarte Kommuniqué über die Besprechung hat in amtlicher deutscher Übersetzung folgenden Wortlaut:

„Am Schluß der dritten Besprechung, die die Vertreter Deutschlands, Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und Japans abhielten, haben sie mit Befriedigung die freundschaftlichen Bedingungen festgestellt, unter denen die wichtigsten Fragen erörtert worden sind, welche der Gegenstand ihres Meinungsaustausches waren.

Eine Einigung ist in folgenden Punkten zwischen ihnen zustande gekommen:

- 1. Über die Eröffnung einer offiziellen Verhandlung über die von Reichsminister Müller vorgebrachte Forderung nach vorzeitiger Rheinlanddräumung.
- 2. Über die Notwendigkeit, das Reparationsproblem vollständig und endgültig zu regeln und zu diesem Zwecke eine Kommission von Finanzfachverständigen der sechs Regierungen einzusetzen.
- 3. Über den Grundsatz der Einsetzung einer Feststellungs- und Vergleichskommission. Die Zusammensetzung, das Funktionieren, der Gegenstand und die Dauer dieser Kommission sind einer Verhandlung zwischen den Regierungen vorbehalten.

Ein offizieller Kommentar

Von offiziös unterrichteter Seite wird dazu folgendes mitgeteilt:

Das Ergebnis, das einen großen Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand bedeutet, liegt darin, daß zum erstenmal die Rheinlandfrage offiziell mit den Befehlsmächten behandelt werden soll. Damit ist eine sichere und feste Grundlage für weitere Verhandlungen geschaffen, eine Basis, auf Grund deren die Möglichkeit geschaffen ist, dieses Problem dauernd in der Diskussion zu halten. Bezüglich der Einsetzung einer Feststellungs- und Vergleichskommission ist hervorzuheben, daß deutscherseits die Dauer einer solchen Kommission nach der erfolgten Gesamtdräumung nur bis zum Jahre 1935, dem im Versailler Vertrag für die Räumung der besetzten Gebiete vorgesehenen Termin, tragbar ist. An diesem Standpunkt ist mit unbezweifelnder Energie und Entschlossenheit festgehalten worden und wurde auch nachdrücklich zum Ausdruck gebracht, daß die Dauer dieser Kommission den Gegenstand von Verhandlungen bilden müssen. Dadurch wird festgelegt, daß ohne Zustimmung der deutschen Regierung eine Verlängerung dieser Kommission über den genannten Zeitpunkt hinaus ausgeschlossen ist. Des weiteren soll die Zusammenlegung der Kommissionen und die Befugnisse einer solchen Kommission zum Gegenstand von Verhandlungen zwischen den Regierungen gemacht werden. Auf diesem Gebiet sind sozusagen, wenn man von der anderen Seite Zeitbegrenzung bis 1935 akzeptiert, besondere Schwierigkeiten nicht zu erwarten.

Die wichtigste These der deutschen diplomatischen Aktion bestand darin, daß Deutschland auf Grund des Artikels 431 des Friedensvertrages, ferner der Locarnoverträge und der Erfüllung der Entlohnungsverpflichtung sowie der Dawesbestimmungen einen unabweislichen Rechtsanspruch auf Räumung hat. Daher wurde jede Verquickung mit der Reparationsfrage abgelehnt und nur parallele Verhandlungen über diesen schwierigen und wichtigen Fragenkomplex als wünschenswert bezeichnet. Hierin ist infolged ein Fortschritt zu verzeichnen, als eine Kommission von Finanzfachverständigen der beteiligten Regierungen einberufen werden soll, deren Arbeit es sein wird, eventuell unter Mitwirkung eines amerikanischen Beobachters, eine endgültige und vollständige Lösung des Reparationsproblems vorzubereiten.

Zusammenfassend muß also gesagt werden, daß zwar eine Erfüllung sämtlicher deutscher Forderungen nicht erreicht ist, daß aber die Grundlage geschaffen ist, auf der die weiteren diplomatischen Arbeiten sich aufbauen, von denen man im Interesse, insbesondere Deutschlands und Frankreichs, aber auch der ganzen Welt hoffen muß, daß sie möglichst bald zum Abschluß gebracht und damit eine Kriegsbereitschaft liquidiert wird, die eine dauernde Verfestigung zwischen den beiden Völkern schafft und die Annäherung eines wirklichen Vertrauensverhältnisses unmöglich macht. Allerdings ist nicht zu verkennen, daß in bezug auf die Erzielung einer baldigen Endlösung in den deutschen Kreisen nicht der gleiche Optimismus wie bei der französischen Delegation betont wird, da die bestehenden Schwierigkeiten kaum rasch aus dem Wege geräumt werden können.

Reichskabinett und Genfer Delegation

Das Reichskabinett hat in der Samstagtagung der Einsetzung eines Feststellungs- und Vergleichsausschusses, ferner der Einsetzung eines die Reparationsfragen behandelnden Ausschusses zugestimmt. Die Haltung der Delegation in Genf fand einstimmige Billigung.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages wird diese Woche einberufen werden.

Lord Cusendun über die Rheinlandbesprechungen

W.B. London, 17. Sept. (Tel.) Lord Cusendun gab gestern den britischen Pressevertretern nach einer Reutersmeldung eine ins einzelne gehende Darstellung der Rheinlandbesprechungen und des dabei vertretenen britischen Standpunktes. Dieser ging dahin, daß Großbritannien eine möglichst frühe Räumung des Rheinlandes anstrebe, aber es hoffe gleichzeitig auf Klärung des Reparationsproblems, obgleich nicht dahinter verl-

Zentralhandelsregister für Baden.

Baden-Baden. N. 724. Handelsregister... Firma A. Balsch...

Baden-Baden. N. 725. Handelsregister... Firma Thiergärtner...

Baden-Baden. N. 738. Handelsregister... Firma Baden-Badener...

Wühl, Baden. N. 739. Handelsregister... Rhein. Creditbank...

Durlach. N. 727. Handelsregister... Firma Matthias Eder...

Heidelberg. N. 723. Handelsregister... Firma Clara Vahr...

Heidelberg. N. 736. Handelsregister... Firma Jacob Schubmann...

lung an Tuberkulose erkrankter Personen. Die Gesellschaft...

Karlsruhe. N. 743. Handelsregister... Chemische Industrie...

Baden-Baden. N. 744. Handelsregister... Karl Gubel...

Heidelberg. N. 744. Handelsregister... Firma Gubel...

ten ist bei dem Erwerb durch Ludwig Hammerer...

Lörrach. N. 721. Handelsregister... Firma Salbra-Expertenfabrik...

Manheim. N. 722. Handelsregister... Firma Reich & Co...

Karlsruhe. N. 744. Handelsregister... Firma Gubel...

Manheim. N. 723. Handelsregister... Firma Kredit-Vereinsgesellschaft...

Manheim. N. 733. Handelsregister... Firma Textilvereinigung...

Manheim. N. 740. Handelsregister... Firma Wilhelm Schnepf...

Manheim. N. 740. Handelsregister... Firma Wilhelm Schnepf...

Staats- und Gemeindebehörden sind unsere Abonnenten. Wollen Sie diese auf Ihre Firma aufmerksam machen...

Kassenschranke Soherongitter in Spezialausführung. Eisenre Schränke - Fahrradständer...

Manheim. N. 733. Handelsregister... Firma Textilvereinigung...

Badisches Landes-Theater Dienstag, 18. September B 2 2h. Gem. 3. S. G. (2. Hälfte) Gähndehannes...

COLOSSEUM täglich abends 8 Uhr Sonntag 4 u. 8 Uhr die feinste neue Berliner Revue 'Fürner Geld'...